

Beschleunigung von Betriebsanlagenverfahren

6.1. Aufgabenstellung und Ziele

Eine wesentliche Säule des Wirtschaftsrechtes mit vielfältigen Auswirkungen für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt bilden die Genehmigungsverfahren für gewerbliche Betriebsanlagen. Gerade im Wirtschafts- und Industriebundesland Oberösterreich stellt die rasche und unbürokratische Abwicklung von Verwaltungsverfahren für die Wettbewerbsfähigkeit der Region einen wesentlichen Standortfaktor dar. Ein bedeutender Indikator dabei ist die durchschnittliche Dauer von Verfahren zur Genehmigung von Betriebsanlagen.

Betriebsanlagenverfahren sind komplexe Prozesse, im Zuge derer eine Reihe von Interessen berücksichtigt werden müssen, wie das Leben oder die Gesundheit der Gewerbetreibenden, Arbeitnehmer/innen, der Nachbarn, der Kunden, das Eigentum oder sonstige dingliche Rechte. Belästigungen der Nachbarn durch Geruch, Lärm, Staub, Erschütterungen sollten vermieden und öffentliche Interessen betreffend Religionsausübung, Unterricht, Betrieb von Kranken- und Kuranstalten, bis zur Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs müssen berücksichtigt werden. Selbstverständlich muss in derart komplexen Verfahren die Interessensabwägung nach bestimmten festgelegten Regeln von der Behörde unter Beiziehung von Sachverständigen und Parteien abgewickelt werden. Dies nimmt eine gewisse Zeit in Anspruch.

Andererseits besteht aber insbesondere in Zeiten guter Konjunktur das Interesse der Wirtschaft nach möglichst rascher Abwicklung dieser Verfahren, nicht zuletzt im Hinblick auf die Sicherung von Aufträgen und Exporten sowie letztendlich zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

So wurde bereits in den letzten Jahren eine wesentliche Verkürzung der Verfahrensdauer, unter Wahrung der beschriebenen Verfahrensstandards und Interessenslagen erreicht (siehe Grafik). In Oberösterreich werden jährlich mehr als 2000 Betriebsanlagenverfahren durch 18 Bezirksverwaltungsbehörden in durchschnittlich 52 Tagen abgewickelt. Trotz dieser an sich sehr erfreulichen Ausgangsposition ist es notwendig, zusätzliche Schritte auf diesem Weg zu setzen um das Ziel einer weiteren Beschleunigung dieser Verfahren zu erreichen.

6.2. Ablauf des Projekts

In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe unter der Federführung der Abteilung Gewerbe wurden gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Oberösterreich, der Abteilung Umwelt- und Anlagentechnik und der Abteilung Wasserwirtschaft des Amtes der Oö. Landesregierung abgestimmte Vorschläge für die Erreichung dieses Zieles vereinbart. Die Maßnahmen sind

umfassend angelegt und reichen von Informationsangeboten und Vernetzungsstrategien hin zu punktuellen organisatorischen Veränderungen.

Schwerpunkte bildeten dabei Maßnahmen, die innerhalb des Landes Oberösterreich umgesetzt werden können, selbstverständlich wurden aber auch Überlegungen Richtung Bund als zuständigem Gesetzgeber angestellt. Hier sind jedoch die Möglichkeiten einer unmittelbaren Steuerung durch Landesdienststellen sehr begrenzt.

Die Maßnahmen wurden durch Abarbeitung eines detaillierten 15-Punkte-Kataloges in die Praxis umgesetzt. Die Umsetzung ist in Abstimmung mit den für die Vollziehung in erster Instanz zuständigen Bezirksverwaltungsbehörden erfolgt.

6.3. Ergebnisse

Positive Ergebnisse in Form einer weiteren Verkürzung der Verfahrensdauer wurden vor allem erzielt durch

- eine straffere Organisation von Anlagensprechtagen und einer damit verbundenen intensiven Beratungstätigkeit für Parteien und Planverfasser,
- ein Monitoring von Verfahren mit einer Dauer länger als 6 Monate, und
- eine besondere Unterstützung von Unternehmen bei schwierigen Verfahren.

Das Projekt hat aber auch zu einer intensiven Vernetzung von Behörden, Sachverständigen, Parteien, Planverfassern und Interessenvertretung geführt. Die dargestellte Vernetzungsstrategie ist auch Garant dafür, dass der hohe Standard an Umweltschutz und Betriebssicherheit nicht nur gewährleistet, sondern verbessert werden kann.

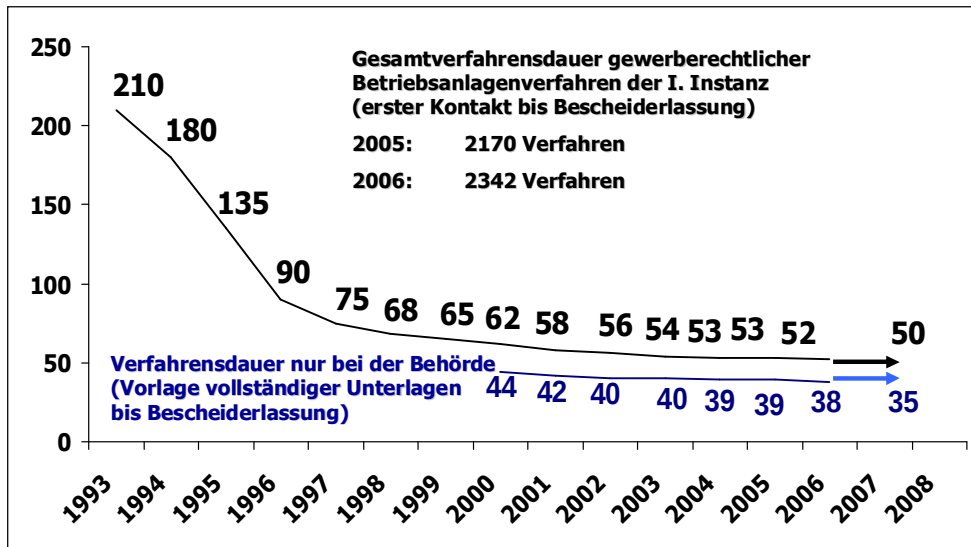
6.4. Ausblick

Es ist davon auszugehen, dass auf Basis dieser Maßnahmen im Jahr 2008 im Durchschnitt eine Beschleunigung der Dauer von Betriebsanlagenverfahren um mindestens zwei Tage erreicht werden kann. Somit werden die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Liefer- und Exportchancen sowie die Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze im Sinne des Leitbildes wesentlich unterstützt.

Top-Speed

Verfahrensvereinfachung

Werktage



Grafik: Abteilung Gewerbe



Abbildung 8: Entwicklung der durchschnittlichen Verwaltungsverfahrensdauer

7. Schluss

Das Reformkonzept der oberösterreichischen Landesverwaltung trägt die Kurzbezeichnung WOV 2015, weil bis zum Jahr 2015 die vielfältigen und umfangreichen Reformen umgesetzt sein sollen. Diese können hier nur teilweise beleuchtet werden. Die Erfahrungen bestätigen, dass wir nur mit einer umfassenden Betrachtung der Verwaltungsorganisation, mit Geduld und ausdauernder Kraft eine dauerhafte Entwicklung erreichen. Die vorgebrachten Beispiele zeigen, wir sind auf einem guten Weg – für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.